

**LIBERAL
BETRACHTET**



VON GEORG VETTER

Für eine Neubewertung der Migrations- und Asylpolitik

Man löst die Probleme des Nahen Ostens nicht, indem man den Nahen Osten nach Österreich und Europa bringt.

Der Judenstaat ist ideengeschichtlich eine Erfindung Österreichs. Genauer gesagt: Ein Journalist dieser Zeitung hat ihn erfunden. Theodor Herzl hat 1896 mit seiner Broschüre „Der Judenstaat“ und seinem anschließenden politischen Engagement den Anstoß zur späteren Staatsgründung Israels gegeben. Ausschlaggebend waren Herzls Eindrücke als Auslandskorrespondent der „Neuen Freien Presse“ in Paris. Dort beobachtete er den Prozess und die anschließende Degradierung des jüdischen Hauptmanns Dreyfus.

Während Karl Kraus in Österreich den Antisemitismus als Sozialismus des beschränkten Mannes bezeichnete, jagte die französische Militärjustiz Dreyfus mit Schimpf und Schande davon und verbannte ihn jahrelang auf die Teufelsinsel. Die französische Gesellschaft durchzog eine kaum mehr nachvollziehbare Spaltung, die nachhaltig auf Herzl wirkte.

Dass das heutige Österreich das Existenzrecht und auch das Selbstverteidigungsrecht Israels vorbehaltlos unterstützt, steht sohin in einer guten Tradition. Überhaupt kein Widerspruch zu dieser Haltung ist das gleichzeitige Bestreben, mit den arabischen Staaten gute Beziehungen zu pflegen und zum friedlichen Zusammenleben hier und dort beizutragen. Dass es die Hamas – hoffentlich nur vorübergehend – geschaft hat, den Annäherungsprozess zwischen Israel und den umliegenden Staaten zu unterbrechen, ist eine besondere Tragik der vergangenen Wochen.

Jenseits der politischen und diplomatischen Tätigkeit Österreichs scheint eine Erkenntnis von besonderer Bedeutung, die Österreich und Europa in den vergangenen Jahren träumerisch und mit historisch belastender Rhetorik verdrängt hat: Man löst die Probleme des Nahen Ostens nicht, indem man den Nahen Osten nach Europa bringt. Einerseits fehlt eine konsistente Migrationspolitik, andererseits ist das großzügig angelegte Asylrecht längst an seine Grenzen gestoßen. Wenn wir massenhaft Menschen zu uns lassen, die bereits mit der Muttermilch mitbekommen haben, dass Israel ins Meer geworfen gehört, dürfen wir uns nicht wundern, dass selbst am Stephansplatz abstoßende Parolen skandiert werden. So haben wir eine Polizei, die so stark und besonnen ist, dass solche Ansammlungen nicht völlig aus dem Ruder laufen.

In guter österreichischer Tradition, die Konzilianz mit Standfestigkeit zu verbinden weiß, müssen wir eine zivilierte Migrationspolitik definieren, die sich an den eigenen Interessen und Werten orientiert. In diesem Sinn sei gerade in den derzeit turbulenten Zeiten ein diverses Lob gestattet: für den grünen Vizekanzler Deutschlands Robert Habeck, der in einer ausgewogenen Rede die Hamas unabweislich als Terrororganisation bezeichnet hat; für den ÖVP-Abgeordneten Martin Engelberg, der seit 2017 unablässig die guten Beziehungen zu Israel pflegt; für das SPÖ-Mitglied Ariel Muzicant, der von den sogenannten Gutmenschen ein Umdenken in der Asylpolitik gefordert hat; für den FPÖ-Chef Herbert Kickl, der die parteiübergreifende Solidaritätserklärung des österreichischen Parlaments gegenüber Israel mitgetragen hat; für all jene, die die Verirrungen der antisemitischen Linken benannt haben. Denn auch deren Antisemitismus ist das, was er immer schon war: ein Sozialismus des beschränkten Mannes.

Dr. Georg Vetter (*1962) ist Anwalt und Präsident des Clubs Unabhängiger Liberaler. Er war Mitglied des Teams Stronach, wechselte 2015 in den ÖVP-Parlamentsklub und schied 2017 endgültig aus dem Nationalrat aus. E-Mails an: debatte@diepresse.com



Europa, die Kalifate kommen!

Gastkommentar. Angesichts der Entwicklungen der vergangenen Wochen stellt man sich die Frage: „Müssen nur die Juden Angst haben?“

VON ERWIN JAVOR

Seit ich mich erinnern kann, müssen jüdische Institutionen, auch in Österreich, von Polizei und eigenen Sicherheitskräften geschützt werden. Warum sind jüdische Kindergärten, Schulen, Synagogen, Kulturveranstaltungen und Friedhöfe gefährdet? Könnte die Tatsache, dass jüdische Einrichtungen geschützt werden müssen, vielleicht daran liegen, dass dort Juden zusammenkommen?

Der deutsche Publizist Henryk Broder brachte es in der „Welt“ auf den Punkt: „Antisemitismus gehört zum Weltkulturerbe.“ Der 2021 verstorbene Künstler Arik Brauer sprach schon lang bevor dieser Gedanke von anderen entdeckt wurde vom „importierten Antisemitismus“, den er für das jüdische Leben in der Gegenwart für wesentlich gefährlicher hielt als den „alten guten“ Antisemitismus. Er wurde dafür heftig kritisiert. Hat das irgendwas mit dem sogenannten

Nahost-Konflikt zu tun? Warum nennt man eigentlich nur den Konflikt von Israel und den Palästinensern so?

Der Nahe Osten ist um ein Vielfaches größer als das winzige Israel. In dieser Region ermorden unabhängig arabische Staaten ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger und einander gegenseitig. Die Zahl unschuldiger muslimischer Zivilisten und Zivilisten, die dabei alles verlieren, geht in die Millionen.

Muster, die sich wiederholen

Es ist kein Zufall, dass so viele von ihnen nach Europa wollen. Ich denke an den Bürgerkrieg in Syrien oder den Krieg im Jemen. Gabs dagegen schon einmal eine Demonstration am Stephansplatz oder sonst wo in Europa?

Warum fanden die aktuellen Anti-Israel-Demonstrationen in Europa schon statt, bevor die israelische Armee überhaupt damit begonnen hatte, militärisch auf das Hamas-Massaker vom 7. Oktober zu reagieren? Was haben die Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer dieser Veranstaltungen gefeiert? Ich behaupte: Es gibt Muster, die sich über lange Zeiträume hinweg wiederholen. Es ist der Judenhass. Einfach so, Judenhass.

Ein weiteres Muster ist, dass Nichtangriffspakte nicht halten. Ich denke jetzt nicht einmal an den berühmtesten, den zwischen Hitler und Stalin, sondern an den Pakt zwischen dem offiziellen Österreich und der Abu-Nidal-Organisation nach deren Terrorangriff auf den Stadttempel in Wien 1981. Zwar gab es nach dem Anschlag Verurteilungen, aber die Terroristen kamen nach einiger Zeit wieder frei. Der Kopf der Terrorbande wurde mit Aufenthaltserlaubn bezeugt, konnte aber als Staatenlos nicht ausgewiesen werden. Auch einer der Attentäter auf den Wiener Flughafen 1985 wurde vorzeitig aus der Haft entlassen.

Aber mehr als das! Man hatte doch allen Ernstes mit der Terrorgruppe des Anschlags von 1981 vereinbart, sie in Ruhe in Wien

herumspazieren zu lassen, wären sie denn so nett, künftig nichts mehr anzustellen. Lang lebe das Florianiprinzip. Erst in den 1990er-Jahren ist das aufgeflogen.

Und? Hat es gewirkt? Ist danach nie wieder ein Terrorangriff in Wien oder sonst wo passiert? Gegen Juden und den Rest der Bevölkerung? Sogar Israel, das sich der Gefahrenlage sehr viel bewusster ist, unterschätzte die Terroristen, mit – oder neben – denen es täglich seit Jahrzehnten leben muss.

Auch Yahya Sinwar, der als Chef der Hamas in Gaza und als Mastermind des Hamas-Massakers vom 7. Oktober gilt, wurde unterschätzt. Er wurde zwar mehrfach zu lebenslanger Haft verurteilt und saß lang in einem israelischen Gefängnis, kam aber im Jahr 2011 frei, und zwar im Austausch gegen den israelischen Soldaten Gilad Schalit, wie auch über tausend weitere palästinensische Gefangene. Es ist ein ehernes Gesetz, mit Terroristen nicht zu verhandeln, aber es geschieht in dem verzweifelten Bemühen, das Leben Unschuldiger zu retten, trotzdem immer wieder. Das sollen und müssen jene, denen das Leben von Geiseln am Herzen liegt und liegen muss, dann doch in Betracht ziehen. Aber der Preis dafür ist nicht minder schmerzhaft.

Erst die Juden, dann der Rest

Sind katholische, evangelische oder buddhistische Institutionen vor Terrorattacken sicher? Können sich säkular lebende, nicht-radikalisierte Muslime in Sicherheit vor den eigenen Glaubensbrüdern wiegen? Müssen sich „eh nur“ die Juden fürchten?

Wenn man die etablierten Medien liest, wie die „New York Times“, kann man sogar dort schon erfahren, was die Hamas und andere radikalislamistische Gruppierungen über ihre wahren Motive zu sagen haben: Auf mörderische Weise Unfrieden zu stiften, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu beleben – und zwar völlig ohne Rücksicht auch auf die eigene palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza! Gegenüber der „New York Times“ sagte Chalil al-Haja, ein Mitglied der Hamas-Führung, es sei nötig gewesen, „die gesamte

DER AUTOR:



Erwin Javor (*1947) ist international tätiger Unternehmer, Autor, Gründer von Mena-Watch (www.mena-watch.com), dem unabhängigen Nahost-Thinktank, und Mitbegründer der jüdischen Zeitschrift „Nu“ (www.nunu.at).

Gleichung zu verändern“. Eine Eskalation des Konflikts war nicht nur akzeptiert, sondern gewollt. Die vielen Opfer auch auf palästinensischer Seite seien in den Augen der Hamas der notwendige Preis dafür. „Ich hoffe, dass der Kriegszustand mit Israel an allen Grenzen dauerhaft wird“, zitierte die „New York Times“ vor wenigen Tagen Taher al-Nunu, den die Zeitung als Medienberater der Hamas bezeichnet. Das Ziel der Hamas sei es nicht, den Gazastreifen zu regieren und diesen etwa mit Wasser und Strom zu versorgen.

Man muss nur zuhören

Eigentlich muss man nur genau zuhören. Die Motive werden nicht mehr verschleiert. Sie waren es genau genommen nie. „Free Palestine from the river to the sea“ bedeutet nicht „nur“, dass der Judenstaat vernichtet werden soll. Die offizielle Charta der Hamas gibt auch ganz offen zu, dass „alle“ Juden „Siedler“ wären und damit zu töten seien. Und nicht nur Juden in der ganzen Welt sind dran. Alle Andersgläubigen. Ein Demo-Teilnehmer einer Pro-Palästina-Kundgebung in Essen hat es ausgesprochen: Ziel in Deutschland wäre ein „Kalifat auf Grundlage der Scharia“. Auch die palästinensischen und nicht-militanten muslimischen Zivilbevölkerungen sind für diese Extremisten nur Spielfiguren, deren Leben nichts wert sein soll.

Sie sind hier, um zu bleiben

Sie sind längst unter uns. Eine Parallelgesellschaft dank missglückter Integration dokumentiert falsch verstandene gute Absichten westlicher Zivilgesellschaften. Sie sind hier, um zu bleiben. Die Hamas, der IS, die Hisbollah oder al-Qaida sind keine Humanisten. Und es ist nicht die „jüdische Weltverschwörung“ vor der sich irgendetwas fürchten sollte, sondern die Scharia.

Die westliche Welt hat aus hehren Motiven der Menschlichkeit Vorstellungen, dass Mord mit Märrtyrertum und Jungfrauen im Paradies belohnt würde und den Absolutheitsanspruch von wildgewordenen Islamisten unterschätzt und wird jetzt und in Zukunft nicht mehr damit fertig werden.

Europa und der Rest der westlichen Welt haben es trotz 9/11, trotz blindwütigem Terror weltweit, sei es in Europa, den USA, Brasilien oder Afrika, noch immer nicht verstanden oder haben nicht die Kraft etwas dagegen zu unternehmen.

Der tödliche Gedankenfehler der zivilisierten, demokratischen, westlichen Welt ist aber leider: Mörder verstehen die Sprache von Nichtmördern nicht.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Der Krieg nimmt ganzen Generationen das Kostbarste

Gastbeitrag. Wie Kinderrechte angesichts von Krieg und Terror gewahrt werden können, und was Österreich dazu tun sollte.

VON DANIEL GREEN UND PAUL SCHWARZENBACHER

Im hebräischen Originaltext der haTitkva (auch Hatikvah), der Nationalhymne des Staats Israel, wird auf die Hoffnung, die zweitausend Jahre alt ist, „in unserem Land ein freies Volk zu sein, im Lande Zion und in Jerusalem“, verwiesen. Dass diese Hoffnung auch für jene Kinder Israels gilt, die aus ihrer Heimat nach Gaza verschleppt worden sind, ist aus kinderrechtlicher Sicht eine Banalität.

So wurde von Österreich vor mehr als zwanzig Jahren ein Fakultativprotokoll als Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) abgeschlossen. Dieses Übereinkommen über die Rechte des Kindes, das die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten betrifft, wurde ohne Erfüllungsvorbehalt beschlossen.

Seine Bestimmungen sind also innerstaatlich unmittelbar anwendbar, was vor allem für österreichisch-israelische Doppelstaatsbürger faktisch eine Rolle spielt.

Unter das Fakultativprotokoll fällt zusätzlich auch die Tatsache – die durch die Präambel verurteilt wird –, dass Kinder in bewaffneten Konflikten zu Zielen werden und völkerrechtlich geschützte Objekte, darunter Örtlichkeiten, an denen sich gewöhnlich eine bedeutende Anzahl von Kindern aufhält, wie etwa Schulen und Krankenhäuser, direkt angegriffen werden. Zudem ist das internationale Recht eindeutig. So sind alle Attaken gegen Zivilistinnen und Zivilisten als Kriegsverbrechen einzustufen.

Eine kontroverielle These

Ob es eine historische Regelmäßigkeit im Verhältnis von Friedenszeiten zu Kriegzeiten gibt, ist in der Forschung unstritten. Folgt man der kontroversiellen These von Ian Morris, so würden große und stabile politische Einheiten Gewalttätigkeit tendenziell verringern und auf lange Zeit dazu beitragen, dass sich das Leben für die Mehrheit der Menschen verbessert. Historisch betrachtet seien Staaten und Imperien häufig aus

kriegerischen Auseinandersetzungen heraus entstanden, was aus seiner Sicht bedeutet, dass Kriege unter bestimmten Umständen zu erhöhter Sicherheit führen können. Doch nimmt der Krieg nicht immer auch ganzen Generationen das Kostbarste? Frei nach Herodot: Niemand, der klaren Verstandes ist, zieht den Krieg dem Frieden vor; denn im Frieden begraben die Kinder ihre Eltern, im Krieg Eltern ihre Kinder. Wie soll also mit dem Umstand umgegangen werden, dass die eng gelassenen Normen des internationalen Rechts so zahllos erscheinen und Kinder – gleich, auf welcher Seite des Zauns sie geboren worden sind – Opfer von rücksichtslosen Kampfhandlungen werden?

Kein Gefühl der Rache

Um der fundierten Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass aus dem Angriff der Hamas die richtigen Worte zu den richtigen Taten führen, ist auf das berührende Zitat von Yitzhak Rabins Enkelin, Yitzhak Noa Ben-Artzi, bei der Trauerfeier für ihren Großvater, den visionären Staatsmann und Ministerpräsidenten Israels von 1974 bis 1977 und von 1992 bis 1995, zu verweisen. Sie gab einst das vor, was auch jetzt, in diesen dunklen Tagen, das Motto und der Leitsatz sein sollte: „Ich habe kein Gefühl der Rache, weil der Schmerz und der Verlust in mir so groß sind, zu groß.“

Demzufolge sollte Österreich das, worauf der Pianist und Dirigent (unter anderem dirigierte er bereits mehrmals das Neujahrskonzert in Wien) sowie Leiter des West-Eastern Divan Orchestra, Daniel Barenboim, hingewiesen hat, nämlich, dass er zwar die Hamas-Verbrechen verurteilt, jedoch die kollektive Bestrafung ebenfalls kritisiert, im diplomatischen Handeln auch in die Praxis umzusetzen.

Wenn der Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Palästina auf der Wasserversorgung, der Gesundheit und der Stärkung der Frauen liegt, so ist das Mittel, die Zahlungen an Palästinenser einzufrieren, eines, das vor allem die Zivilbevölkerung trifft, und damit Unbetri-

betriegt. Selbstverständlich ist zu überprüfen, ob diese Mittel auch weiterhin für diese Bereiche eingesetzt werden und, falls Kürzungen vorgesehen werden, wo genau diese erfolgen.

Bei all dem Genannten ist nicht darauf zu vergessen, dass – zusätzlich zur Annexion der Krim im Jahr 2014 – im Jahr 2022 auch ein Angriff auf die gesamte Ukraine stattgefunden hat und dort weiterhin ein Krieg herrscht. Dieser verlangt aus kinderrechtlicher Sicht ebenfalls die Unterstützung Österreichs.

Anspruch auf Schutz

Dabei ist nicht zu vergessen, dass Artikel 1 BVG Kinderrechte besagt, dass Kinder Anspruch auf Schutz und Fürsorge – auf bestmögliche Entfaltung und Entwicklung – haben und dass das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein muss, die auch bei Behördenmaßnahmen gilt.

Dies betrifft auch den Bildungsbereich. So sind etwa segregierende Maßnahmen wie die Einrichtung von sogenannten Deutschförderklassen mit dem Kindeswohl nicht kompatibel.

Nachdem das BVG Kinderrechte nicht zwischen österreichischen und fremden Kindern unterscheidet, ist darauf zu achten, dass auch geflüchtete Kinder die ihnen zustehende Bildung erhalten – aus welchen Teilen der Erde sie auch immer kommen mögen.

Lasst uns also die in der israelischen Staatshymne erwähnte Hoffnung darauf, ein freies Volk zu sein, auch außerhalb des Landes Israel realisieren.

Paul Schwarzenbacher studierte Rechtswissenschaften in Wien und Mailand und verbrachte Studienaufenthalte in Georgetown und Montreal. Er war beruflich in Österreich, Italien und Spanien tätig und ist nunmehr stellvertretender Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Rechtslinguistik (ÖGRL).

Daniel Green ist Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Rechtslinguistik. Er studierte Anglistik, Amerikanistik, Geschichte und Rechtswissenschaften. E-Mails an: debatte@diepresse.com

PIZZICATO

Der Fürst, der Käs und ich

Viele Jahre ist's her, 2005, da traf ich in Wien Fürst Karl Schwarzenberg. Er war damals tschechischer Senator, Chef der Helsinki-Föderation für Menschenrechte und kurz zuvor bei einem Besuch auf Kuba unstandesgemäß behandelt worden: Er hatte ein Treffen von Dissidenten besuchen wollen, wurde aber verhaftet und abgeschoben. Er habe nicht einmal mehr duschen können, sagte er. Nun saß ich im Büro der Föderation vor dem großen Mann mit der stolzen Aura und dem markanten Gesicht, in dem ich immer eine Spur von Krtek zu sehen glaubte, dem liebenswerten tschechischen Comic-Maulwurf, und grinste innerlich. Weil es war so: Kurz vor dem Treffen, bei dem wir über Kuba sprachen, hatten wir im „Presse“-Außenpolitikressort eine Jause mit Voralberger Spezialitäten veranstaltet. Darunter war Bergkäs – just aus Schwarzenberg. Der war recht stinkig, trotz Händewaschens verströmten meine Finger noch einen Hauch seines alpinen Terroirs.

„Jessas“, dachte ich beim Händeschütteln mit Schwarzenberg, „jetzt bist du bürgerliches Büble aus dem Ländle mit Bauern unter den Ahnen also hier bei dem berühmten Adligen und gibst ihm deine stinkigen Käshänd!“ Ich musste fast lachen, er schmunzelte auch. Ich bin sicher, der Käs hält ihm geschmeckt. Leider werden wir jetzt immer gemeinsam vom Verkosten kommen. (wg)

Reaktionen an: wolfgang.greber@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Die Juden brachten die Wüste zum Blühen

„US-Außenminister kämpft gegen Flächenbrand in Nahost“, von **Wieland Schneider**, 6. 11.

Zauberlehrling Netanjahu im Westjordanland: Die Geister, die er und seine Anhänger riefen, werden sie nun nicht mehr los! Es war unnötig, Siedler ins Westjordanland zu schicken – in von Israel besetztes Gebiet. Die Provokationen führten, wie zu erwarten war, zu Problemen. Statt für Friktionen zwischen Siedlern und Palästinensern zu sorgen, wäre im wirklich schönen Israel – die Juden brachten die Wüste zum Blühen – Platz genug für Siedlungen gewesen! Und bei allem Verständnis für Israels Sicherheitsbedürfnis: Die israelische Armee hat

in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie mit Übergriffen angeblich übermächtiger Gegner fertig wird. Solange es keinen Kompromiss, der beide Seiten vollständig zufrieden stellen kann, keine Zweistaatenlösung, gibt, werden in der Region nie Ruhe und Frieden herrschen. Das ist traurig und fürchtbar!
Fred C. Czerwenka, 7221 Marz

Eine grauenhafte Fehleinschätzung

Zum Nahost-Konflikt
Das Existenzrecht Israels darf nicht infrage gestellt werden. Das Gleiche sollte aber auch für einen lebensfähigen Staat Palästina gelten. Langzeitpremier Netanjahu glaubte tatsächlich, das „Palästinenser-Problem“ dadurch lösen zu können, dass man zwei Millionen Menschen in das Freiluftgefängnis Gaza einsperrt: eine grauenhafte Fehleinschätzung. Einerlei, wie viele Hamas-Funktionäre die israelische Armee auch umbringt: Solang die Menschen in

Gaza keine Perspektive haben, wird es immer radikalen Nachwuchs geben.

Dr. Heinz Höglberger, 1190 Wien

Kurz wäre gerade jetzt richtiger Mann für Politik

„Ungeschützter Korruptionsverkehr“, **Gastkommentar von Franz Schandl**, 10. 11.

Sehr gut recherchiert Beitrag mit vielen bereits wieder vergessenen Details. Zu ergänzen wäre, dass die Sebastian-Kurz-Jagdgesellschaft auf einer unwichtigen Nebenfront einen Erfolg erzielt hat. Allerdings ein zweifelhafter, ein Erfolg, der Österreich keinen Deut weiterbringt. Wir beschäftigen uns wieder einmal unangenehm mit uns, während wir die Aufarbeitung dringender Dinge vernachlässigen. Kurz wird, zumindest nicht in absehbarer Zeit, wieder in die Politik zurückkehren. Er wird das machen, was eine früher oftmals verlachte prominente Jungpolitikern gemacht hat. Er wird bei seiner neuen Aufgabe viel Geld verdienen. Wahrscheinlich

sogar mehr als die vorgenannte, wirtschaftlich höchst erfolgreiche (vormalige SPÖ) Politikerin.

Dabei wäre Kurz gerade jetzt der richtige Mann für die Politik. Immerhin hat er ein Konzept und ein hoch motiviertes, leistungsbehaftetes Team. Etwas, was wir in Österreich gerade jetzt bräuchten. Er wäre auch der Richtige, der dem unsinnigen Weg der Kommissionspräsidentin ents entgegenzusetzen könnte.
Dr. Erich Gnad, 1030 Wien

Inflationäre Vermehrung, oft völlig unverständlich

„Mehrheit fährt in Dreißigerzone viel zu schnell“, 8. 11.
Es ist bei der inflationären Vermehrung oft völlig unverständlicher 30er-Zonen kein Wunder, dass sich viele Verkehrsteilnehmer nicht genau daran halten. Besonders widersinnig finde ich z. B. die jeweils ca. 100 m langen Dreißigerzonen in der Kreuzgasse im 18. Bezirk im Bereich der Straßenbahnhaltestellen. Man hat den Eindruck, dass es sich

dabei um ideologisch bedingte Setzungen handelt, die mit den Gegebenheiten wenig zu tun haben. Leider scheint es, dass im KFV mehr Schreibtischträger als Personen mit entsprechender Fahrpraxis sitzen. Von einigen Gemeinden wurde schon der Vorschlag einer Beschränkung auf 40 km/h gemacht, da eine 30-km/h-Beschränkung demgegenüber keine Verbesserung bringe. Eine derartige Beschränkung würde sicher wesentlich besser befolgt werden.
Hans-Joachim Haller, 1190 Wien

Beim Missachten geht es nicht ums „Wie-viel“

„Wie viel zu schnell?“, **LB von Christian Tutsch**, 9. 11.
Wie viel zu schnell? Eigentlich egal. Es geht nicht um fünf oder zehn km/h Toleranz oder nicht. Was die letzten 30 Jahre, die ich in einer 30er-Zone wohne, nach meiner Beobachtung schlechend passiert ist? Die Radfahrer, die sich grosso modo – erst wohl aus grober Unwissenheit, dann mehr aus einer ge-

wissen Überheblichkeit heraus – um Verkehrsregeln nur am Rande kümmern, haben die Autofahrer in zwischen angesteckt. Man konnte natürlich sagen: Pfeif drauf, solange nichts passiert. Aber was ist mit dem Vertrauensgrundsatz? Dass ich auf gesetzkonformes Verhalten im Straßenverkehr vertrauen darf, bedeutet wohl, dass die Partner im Verkehr (bis auf die festgeschriebenen Ausnahmen) sich auch so verhalten. Wenn wir uns auf das Einhalten unserer Regeln im Umgang miteinander nicht mehr verlassen können, dann kommen wir vor lauter Aufpassen und Kontrollieren statt zu erledigen zu gar nichts mehr.

Den 30er zu missachten, ist nur ein Symptom für die Entwicklung unserer Gesellschaft in große Unordnung, in der irgendwann nichts mehr geht, weil wir unsere Zeit und Energie damit vertun, mit dieser Unordnung zurechtzukommen. Beim Missachten geht es nicht ums „Wie-viel“. Es geht ums „Dass“.
Johannes Dornhofer, 1230 Wien

Man lasse bitte die Kirche im Dorf

„Das Schweigen zum Christenschwund“, **Gastkommentar von Rudolf Höfer**, 9. 11.
Das von dem Grazer Kirchenhistoriker beklagte „Schweigen zum Christenschwund“ betrifft wohl nicht in erster Linie das Schweigen zur Kirchenbeitragssteuer, die von den Nationalsozialisten als angeblich kirchenfeindlicher Boshätsakt eingeführt worden ist. Man lasse bitte die Kirche im Dorf. Der eigentliche – und auch statistisch belegbare – Austrittsgrund ist doch wohl die frömmelnde Heuchelei angesichts der zutage getretenen Missbrauchsfälle, über die hier geschwiegen wird. Sündenlosigkeit zu predigen und dann selber das Gebot zu übertreten, ist genau betrachtet viel schlimmer als die kinderpornographische Bildersammlung des Herrn Teichtmeister. Denn es wurden in diesen Fällen sexuelle Handlungen an Kindern realiter vollzogen, noch dazu von Personen des

Vertrauens, die selber zur strikten Keuschheit aufgerufen haben. Nach meiner ungenügenden Erinnerung mussten wir seinerzeit sogar das unkeusche Denken beichten („Hast du unkeusche Gedanken gehabt?“). Gegen dieses Salbüß ins Feuer der Hölle ist die Kirchensteuer moralisch betrachtetes Klein- und Klumpergeld.
Dr. Franz Zeder, 8530 Leibnitz

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: [diepresse.com/meinung](https://www.diepresse.com/meinung)
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.